

«Hoher Arbeitsdruck» führte zu Fälschung

Die ehemalige Obwaldner Oberstaatsanwältin nennt das Ziel, Prozesse zu beschleunigen, als Mitgrund für die gefälschten Unterschriften.

Lucien Rahm

Eine Busse von 3000 Franken muss die ehemalige Obwaldner Staatsanwältin Esther Omlin zahlen, weil sie im Amt Unterschriften auf Zahlungsbelegen gefälscht hat. Zudem wurde eine bedingte Geldstrafe von 24000 Franken verhängt. Der Straftatbestand: Urkundenfälschung im Amt in mehreren Fällen. Auf Nachfrage – und «um Spekulationen vorzubeugen» – teilt Omlin nun schriftlich mit, wie es dazu gekommen ist. «Im Zuge hohen Arbeitsdrucks, mit dem Ziel der Beschleunigung der Prozesse, habe ich in wenigen Einzelfällen bei der Visierung von externen Rechnungen auch das für eine nicht näher bestimmte zweite Mitarbeiterin vorgesehene Unterschriftenfeld ausgefüllt», so Omlin.

Es habe sich dabei um eine «rein innerdienstliche» Angelegenheit gehandelt, wovon ihre Tätigkeit als Staatsanwältin nicht betroffen gewesen sei. «Dies wurde nun vom untersuchenden ausserordentlichen Staatsanwalt als Urkundenfälschung im Amt beurteilt.» Omlin betont, dass die Honorare, die sie mit ihrer Unterschrift genehmigte, korrekt gewesen seien und auch «bei ordnungsgemässer Visierung im gleichen Umfang bezahlt worden wären, was auch der untersuchende ausserordentliche Staatsanwalt so festgestellt und bestätigt hat».

«Keine bösen Absichten»

Weiter schreibt Omlin: «Niemand wurde geschädigt, niemand wurde bereichert, und ich hatte keine bösen Absichten. Trotzdem war es ein Fehler und



Die ehemalige Obwaldner Oberstaatsanwältin Esther Omlin. Bild: Obwaldner Zeitung (Sarnen, 29. Mai 2018)

es tut mir leid, falls durch die Vernachlässigung des vorgeschriebenen formalen Ablaufs bei der Rechnungsvisierung und das dadurch ausgelöste Verfah-

ren sowie die mediale Berichterstattung ein unrichtiges Bild von der Obwaldner Staatsanwaltschaft in der Öffentlichkeit entstanden sein sollte.» Denn

diese verrichte «konstant sehr gute Arbeit» und es freue sie, dass sie viele Jahre Teil davon gewesen sei und einen Beitrag leisten durfte.

Gefahr der Verwechslung

Der Artikel «Unterschriften gefälscht – ehemalige Oberstaatsanwältin schuldig gesprochen» vom Dienstag hat offenbar Wellen geschlagen – und bei einigen Lesern auch für Verwirrung gesorgt. Denn im Kanton Obwalden sind nebst der verurteilten ehemaligen Oberstaatsanwältin Esther Omlin noch zwei weitere Juristinnen gleichen Nachnamens aktiv. Bei der verurteilten Person handelt es sich nicht um die Kantonsgerichtspräsidentin Monika Omlin, und auch nicht um die Sachler Notarin und Rechtsanwältin Lucia Omlin. Es ist offenbar zu Verwechslungen gekommen, obwohl Esther Omlin in der gesamten Berichterstattung mit korrektem Namen und Bild gezeigt wurde. (lur/jem)

Nidwalden kann nach Rom reisen

Der Landrat genehmigt 150 000 Franken für den Auftritt des Kantons an der Vereidigungsfeier der Schweizergarde im kommenden Jahr.

«Das Gestern wie auch das Heute verbindet unseren Kanton stark mit der Schweizergarde», sagte Justiz- und Sicherheitsdirektorin Karin Kayser gestern bei der Beratung über den Objektkredit für den kantonalen Auftritt an der Vereidigungsfeier der Schweizergarde am 6. Mai 2022 im Vatikan. Der Kanton Nidwalden ist offiziell zur Teilnahme am sogenannten Sacco di Roma eingeladen. Damit die Pläne für den Besuch weiter vorangetrieben werden können, hat der Regierungsrat einen Kredit von 150 000 Franken beantragt.

Es gehe hier nicht um ein finanzpolitisches Geschäft, sagte Kayser gestern im Theatersaal des Kollegi St. Fidelis in Stans. Das hätte der Regierungsrat von sich aus beschliessen können. «Es ist ein aussenpolitisches Geschäft», betonte sie. Es gehe um die Wirkung nach innen und nach aussen. Die Regierungsrätin wies auf die historischen Bezüge hin, etwa, dass der Schlüssel auf der Nidwaldner Fahne seinen Ursprung bei der Schweizergarde hat. Oder das Denkmal des Stanser Bildhauers Eduard Zimmermann, das seit 1927 den Ehrenhof der Garde zierte. Doch auch in die Gegenwart gebe es Bezüge, zum Beispiel die Tatsache, dass die Helme der Gardisten heute nicht mehr aus Blech, sondern aus Kunststoff seien. Hergestellt würden sie mit dem 3D-Drucker bei einem Nidwaldner Unternehmen.

Forderung nach Kürzung um einen Drittel

Beide vorberatenden Kommissionen forderten eine Kürzung des Betrags um 50000 Franken. «Ganz allgemein findet die Kommission den Kredit einfach zu hoch», sagte Pierre Nemitz (parteilos, Beckenried) namens der Kommission für Staats-



Angehörige der Schweizergarde auf dem Marsch zur Vereidigungszeremonie.

Bild: Fabio Frustaci/EPA (Vatikan, 6. Mai 2018)

politik, Justiz und Sicherheit (SJS). So könnten etwa die Kosten für das Rekognoszieren gesenkt und die Anzahl Personen der offiziellen Delegation überprüft werden.

Die Annahme der Einladung aus dem Vatikan durch den Kanton Nidwalden sei ein Zeichen der Wertschätzung, sagte Norbert Rohrer (CVP, Stansstad) als Sprecher der Finanzkommission. Die Kommission halte den Kredit für zu hoch. Dabei habe er auch einen Vergleich mit Obwalden und Luzern gezogen, die beide schon an der Feier teilgenommen hätten. Eine Rolle bei der Beurteilung habe auch die verdrüsterte wirtschaftliche Lage

«Ganz allgemein findet die Kommission den Kredit einfach zu hoch.»

Pierre Nemitz
Landrat Beckenried, parteilos

«Das Gestern wie auch das Heute verbindet unseren Kanton stark mit der Schweizergarde.»

Karin Kayser
Regierungsrätin

aufgrund der Pandemie gespielt.

Iren Odermatt (FDP, Dallenwil) hielt fest, dass zwei Drittel ihrer Fraktion den Antrag der Regierung unterstützen. In einer Zeit, in der viele zwischenmenschliche Kontakte gestrichen worden oder nur eingeschränkt möglich seien, sei etwas Leichtigkeit und Spontaneität angezeigt.

Der Anlass komme zur richtigen Zeit, so Karin Costanzo (CVP, Hergiswil). «Es ist etwas, das uns als Gemeinschaft stärkt», sagte sie mit Blick auf die Pandemiemüdigkeit. Auch das Motto «Nidwalden reist nach Rom» sei passend, da rund 150 Nidwaldnerinnen und

Nidwaldner vor Ort mitfeiern könnten.

Der Hergiswiler SVP-Landrat Christoph Keller hielt fest, seine Fraktion unterstütze grossmehrheitlich den Auftritt von Nidwalden, aber genauso auch die Kürzung der Beiträge. Er listete mehrere Posten auf, die man weglassen oder verkleinern könnte. So etwa einen Teil der Planungsreserve oder die Kosten für Reise und Aufenthalt der offiziellen Delegation. «Unsere Exponenten bezahlen das gerne selber», betonte er.

Alexander Huser (Grüne, Ennetbürgen) hielt fest, die Grüne/SP-Fraktion erachte den Auftritt Nidwaldens als wichtiges Signal an die Bevölkerung, dass wieder andere Zeiten kämen. Der Kreditantrag sei nicht zu vergleichen mit anderen Geschäften. Man könne etwas an die Nidwaldnerinnen und Nidwaldner zurückgeben.

Auch politische Botschaft sei wichtig

Für mehr Politik und weniger Folklore setzte sich Thomas Wallimann (Grüne, Ennetmoos) ein. Es sei wichtig, bei diesem Besuch eines Staates auch eine politische Botschaft zu überbringen. Toni Niederberger (SVP, Stans) hielt es für ein starkes Zeichen nach aussen, den Kredit – auch mit Blick auf Corona – zu kürzen. Joseph Niederberger (CVP, Oberdorf) hingegen war der Meinung: «Wenn man etwas recht machen will, dann darf das auch etwas kosten.»

Mit 30 zu 24 Stimmen unterstützte der Landrat den Antrag der Regierung auf 150000 Franken. In der Schlussabstimmung genehmigte das Parlament das Geschäft mit 35 zu 7 Stimmen. 13 Landrätinnen und Landräte enthielten sich der Stimme.

Martin Uebelhart